

Kontinuitätsbruch

von Frank Deppe

Im vergangenen Jahrzehnt wurde der Begriff des »Umbruchs« bzw. der »Umbruchkrise« weitgehend aus der Binnensperspektive entwickelter kapitalistischer Gesellschaften erarbeitet. Er bezeichnete – grob zusammengefaßt – einen krisenhaften Modernisierungsprozeß kapitalistischer Gesellschaften, der einen tiefgreifenden Wandel in der Ökonomie, in der Sozialstruktur und Lebensweise, in der Funktion des Staates für den gesamtkapitalistischen Reproduktionsprozeß beinhaltet und daher eine Neubewertung des Selbstverständnisses gewerkschaftlicher Interessenvertretung, eine kritische Überprüfung traditioneller (z. B. auf die Klassenstrukturen und die Lebensweise der Lohnabhängigen bezogener) Wertvorstellungen und neue Kombinationen von Zielen und Forderungen (in der Verbindung von Schutz- und Gestaltungsfunktionen) erzwingt (vgl. dazu Joachim Bischoff, Der Kampf um die Moderne, in: Sozialismus, 11/1990, S. 30ff.).

Im Blick auf die 90er Jahre besteht der Kontinuitätsbruch allerdings darin, daß fortan – zumal in Deutschland – die Konfliktfelder und Handlungsbezüge gewerkschaftlicher Politik durch zwei nicht identische – Dynamiken bzw. Logiken des »Umbruchs« bestimmt werden, die auf ganz unterschiedlichen Handlungsebenen wirken.

Der *Umbruch*, von dem heute die ganze Welt im Sinne einer *welthistorischen Zäsur* spricht, bezeichnet zunächst einmal die Veränderungen in den internationalen Macht- und Kräftekonstellationen in der Folge des Zusammenbruchs der gesellschaftlichen und politischen Systeme des »realen Sozialismus« in Mittel- und Osteuropa. Dennoch wird die Dynamik dieser Veränderungen – das besagen ja im Grunde die Formeln vom »Ende der Nachkriegszeit« und vom »Ende der Systemkonkurrenz« – nicht einmal die Krisen (oder auch deren Bearbeitung) in den ehemals sozialistischen Ländern, das Zentrum der interna-

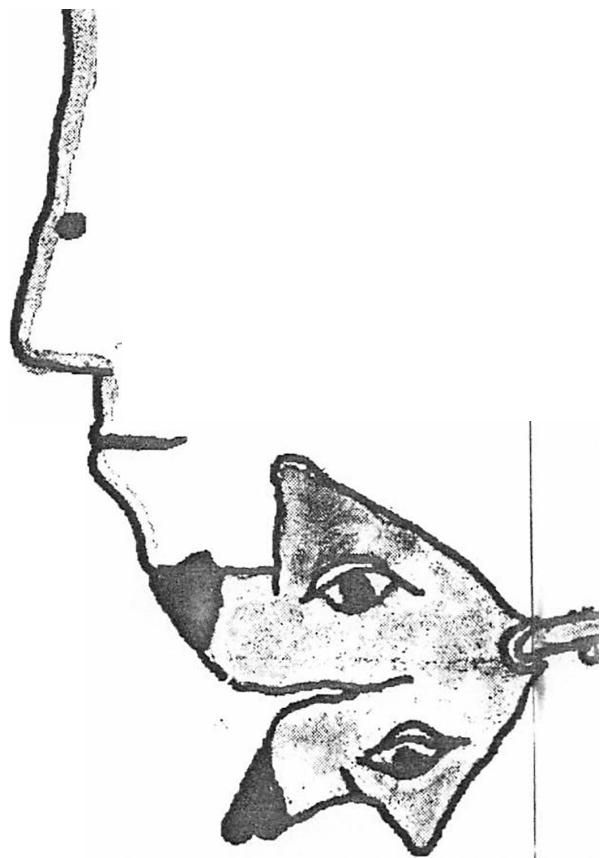
tionalen Politik sein: diese osteuropäischen Länder werden vielmehr auf einen Peripherie-Status zurückfallen.

Im Zentrum wird vielmehr eine Reorganisation der Machtstrukturen und Konkurrenzverhältnisse zwischen den Zentren des kapitalistischen Weltsystems in Nordamerika, im pazifischen Raum und in Europa stehen.

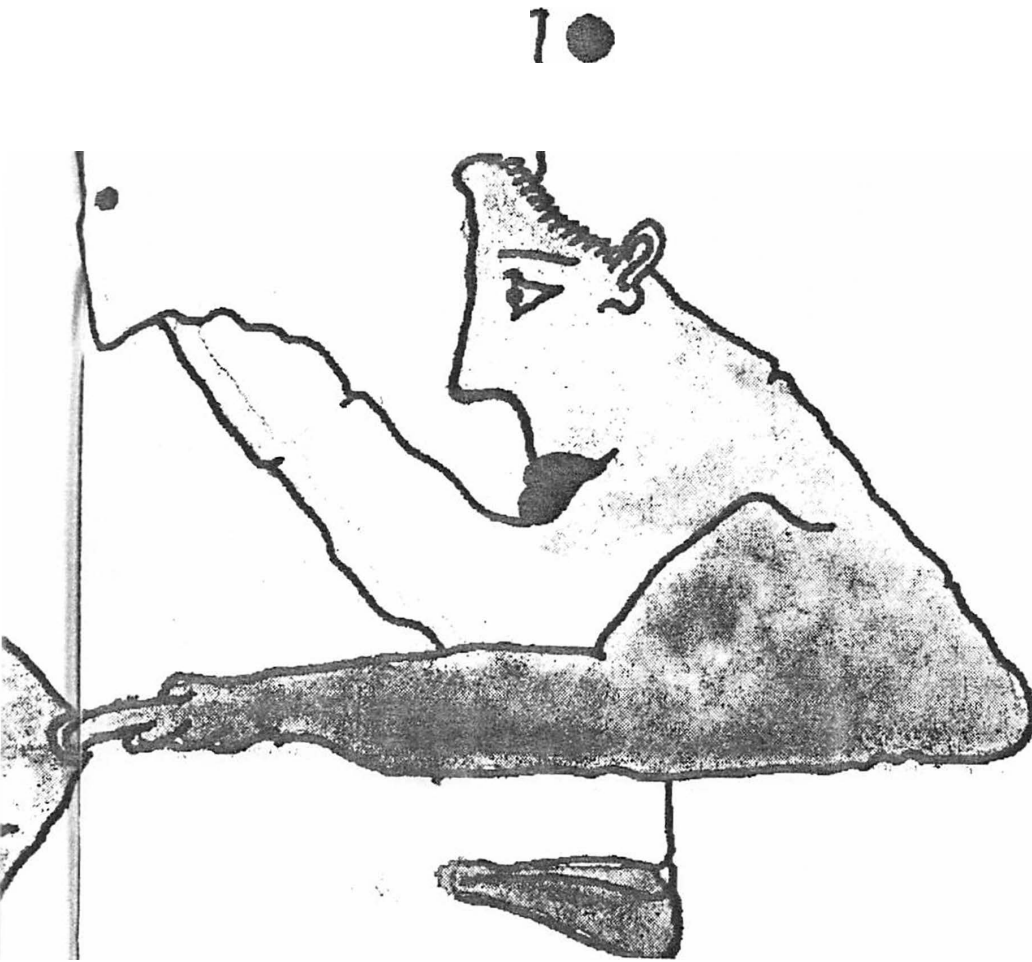
Dieser Prozeß ist im übrigen nicht durch den Zusammenbruch des Sozialismus ausgelöst worden: er wird durch ihn lediglich beschleunigt und gewinnt eine neue Dimension. Seit den Weltwirtschaftskrisen der 70er Jahre – hier vor allem gekoppelt mit dem Prozeß des relativen Niedergangs des US-Kapitalismus, des Verfalls seiner weltwirtschaftlichen und politischen Hegemonialfunktion und dem gleichzeitigen Aufstieg der BRD und Japans in der Weltwirtschaft – hat in der westlichen Welt längst das »Ende der Nachkriegszeit« begonnen.

Es liegt auf der Hand, daß sich diese Konstellationen des Umbruchs in der *deutschen Frage* wie in einem Brennglas bündeln: denn einerseits und primär ist die Vereinigung ein Resultat des Zusammenbruchs des realen Sozialismus (hier: in der ehemaligen DDR). Andererseits markiert aber die damit verbundene Etablierung einer voll souveränen Großmacht Deutschland in der Mitte Europas, das nunmehr – vom Atlantik, bis zum Ural – für eine Neuordnung nach dem Vorbild der BRD (so wird es positiv und kritisch in West- und Osteuropa artikuliert) offen ist, einen qualitativen Sprung in der Veränderung der politischen und ökonomischen Kräftekonstellation in Europa wie in der weltpolitischen Arena.

Woran aber – so wäre im Hinblick auf die gewerkschaftliche Politik zu fragen – besteht eigentlich die Wechselwirkung dieser beiden Dimensionen des Umbruchs? An dieser Stelle sei nur auf zwei Felder hingewiesen, die in diesem Zusammenhang besonders wichtig erscheinen und die schon Bestandteil unserer politischen Alltagserfahrung geworden sind:



1. Die Dominanz der zweiten Umbruchslogik hat schon jetzt zu einer tendenziellen Umwertung von Politik geführt. Mit anderen Worten: die klassischen Felder der Politik, also die auf den internationalen Staat und die nationale Frage sowie auf die internationale Machtpolitik (dieses Feld wird derzeit durch die Krise am Golf noch zusätzlich aufgeheizt) bezogenen Themen, man könnte auch sagen: diese klassischen Themen der Politik (die diese als Macht- und Gewaltverhältnis definieren) sind zu Lasten der – mit der ersten Logik verbundenen – neuen, auf innere Demokratisierung und den Ausbau des Sozialstaats bezogenen, Themen der Politik (dazu gehören die Fragen der sozialen Entwicklung, der Beschäftigung, der Ökologie, der Gleichheit der Geschlechter, der demokratischen Partizipation und Kontrolle von innen oder von unten) geradezu schlagartig in den Vordergrund und ins öffentliche Bewußtsein gedrungen.



Der zunehmende Rationalismus – auch in anderen Ländern – ist nur ein Ausdruck dieser Umwertung auf der Ebene des Massenbewußtseins. Und es ist evident, daß die konservativen Kräfte – mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen – gerade durch die Aktivierung und Verstärkung der »harten« macht-politischen Themen ihre Mehrheit sichern oder sogar ausbauen wollen. Die Gewerkschaften werden mit ihren Themen – wenn sie dies denn mehr oder weniger passiv hinnehmen – an den Rand des großen politischen Geschehens gedrängt. Anders ausgedrückt: während im Vorfeld der Bundestagswahl 1987 noch die 35-Stunden-Woche und der AFG 116 zumindest zeitweilig im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses standen, spielen gewerkschaftsspezifische Themen (die dazu noch etwa mit realen, gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen zu tun haben) derzeit kaum eine relevante Rolle.

2. Dieser Tatbestand hat gewiß auch damit zu tun, daß der Zusammenbruch des Sozialismus und der DDR zu einer enormen Aufwertung zentraler Bestandteile der neokonservativen und -liberalen Ideologie geführt haben. Daß der Markt für allgemeinen Wohlstand Sorge, und daß der Individualismus mit politischer Freiheit gleichzusetzen sei – die Renaissance solcher Gemeinplätze auf breiter Basis führt notwendig dazu, daß gewerkschaftliche Reformpositionen, die in den Auseinandersetzungen der letzten Jahre gerade als wohl begründete Kritik neoliberaler Ideologie und Politik auf eine relativ breite Resonanz gestoßen waren, nunmehr mit dem Hinweis auf das Scheitern eines ökonomischen und politischen Systems, das den Markt und die individuelle Freiheit unterdrückte, in die Defensive gedrängt werden.

Bei den vielen feierlichen Erklärungen, die Politiker heute abgeben – besonders vor der U O –, findet sich eine

bemerkenswerte Übereinstimmung – im Hinblick auf die Vision einer neuen Weltordnung: nach dem Ende der Systemkonkurrenz könne nunmehr abgerüstet werden; neue Sicherheitsstrukturen können geschaffen werden, die insbesondere der Lösung der globalen, die gesamte Menschheit betreffenden und bedrohenden Probleme (namentlich das Elend und das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt sowie die ökologischen Großkatastrophen, die scheinbar unaufhaltsam voranschreiten) dienen. Das alles – so scheint es – sei nur eine Frage des guten Willens der Regierenden, natürlich unter Einschluß des »neuen Deutschlands«, das friedlich, ökologisch und auf die Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt orientiert sein will.

Allerdings: Es war schon immer eine ziemlich kindische Vorstellung, Politik als ein Instrument des guten oder bösen Willens mißzuverstehen. Politik ist stets eine – über den Staat vermittelte – Form des Machthandelns, bei dem es um die Durchsetzung partikularer gesellschaftlicher Interessen geht. Was den Zusammenbruch des realen Sozialismus betrifft, so hat wohl das US-Wirtschaftsmagazin FORTUNE Anfang dieses Jahres solche für die Zukunft dominanten Interessenskonstellationen, die auch für die internationale Politik maßgebend sein werden, deutlich benannt. »Kapitalisten der Welt erwacht! In der neuen Ära werden nur diejenigen die einzigen sicheren Verlierer sein, die zu spät begreifen, daß sie eine Welt zu gewinnen haben« (zit. nach IPW-Berichte, 7/90, S. 26)

Welche Entwicklungstendenzen und Konfliktformationen lassen sich derzeit erkennen?

1. *Es beginnt nunmehr eine Ära der weltweiten, imperialistischen Konkurrenz, die nicht länger unter dem Druck der Systemkonkurrenz steht.* Dieser Druck hat nicht nur politische Bündnisse und Kompromisse zwischen den führenden kapitalistischen Staaten möglich gemacht, sondern zugleich – zumal in der BRD – bei den Kapitalisten die Bereit-

schaft zum sozialpolitischen bzw. sozialpartnerschaftlichen Kompromiß mit den Gewerkschaften erhalten.

2. Diese Konkurrenz wird sich – angesichts der heutigen Strukturen des Weltmarktes und der Bedeutung der internationalen Konzerne – schwerpunktmäßig auf die Beherrschung der sog. Hochtechnologiesektoren konzentrieren; wobei gleichzeitig die Verselbständigung der internationalen Finanzmärkte sowie die Bedeutung der internationalen Dienstleistungsinvestitionen immer wichtiger geworden ist. Schon im vergangenen Jahrzehnt hat sich in dieser – hart ausgeprägten – Konkurrenz eine Konzentration auf die Märkte der entwickelten kapitalistischen Industriestaaten vollzogen (wobei insbesondere der amerikanische Markt in den 80er Jahren zum Hauptkampfschauplatz geworden ist; das gleiche gilt freilich auch für den bis 1992 zu verwirklichenden EG-Binnenmarkt).

Gleichzeitig haben sich in der kapitalistischen Weltwirtschaft neue Formen des Regionalismus (mit dominanten Zentren wie die USA in Nordamerika, Japan im pazifischen Raum und Deutschland in Europa), neue Formen des Merkantilismus und des sektoralen Protektionismus verfestigt. Darin reflektiert sich der Widerspruch, daß auf der einen Seite vom internationalen Finanzkapital die Globalisierung der Absatz- und Investitionsstrategien vorangetrieben wird, während auf der anderen Seite die Schutzfunktion der Nationalstaaten oder von regionalen Bündnissen wie der EG immer wichtiger geworden sind. Es ist ja gerade diese Strategie der auf Export und Globalisierung orientierten Modernisierung – und die Funktionalisierung der staatlichen Politik für diese Strategie –, die dazu geführt hat, daß die sozialen und ökologischen Probleme in den Metropolen des Kapitals nicht bearbeitet und gelöst werden (und damit sind wir zugleich bei einem wichtigen Zusammenhang zwischen den inneren und den äußeren Dimensionen der Umbruchs-Logiken!).

3. Wenn aber nun mit dem Ende der Systemkonkurrenz diese Dynamik der kapitalistischen Weltmarktentwicklung (auch im Hinblick auf die Einbeziehung Ost- und Mitteleuropas) dominant wird, so folgt daraus weiterhin, daß keineswegs der »gute Wille« auf Seiten der Regierenden zu einer neuen Weltordnung wächst. Eher ist wohl davon auszugehen, daß der Kampf um regionale Hegemonialpositionen, aber auch das Fort-

bestehen oder gar die Verschärfung der ungleichen sozialen und ökonomischen Entwicklung der an dieser Konkurrenz beteiligten Staaten diesen »guten Willen« systematisch blockiert – und daß statt dessen regionale bzw. nationale Schutz- und Rettungsstrategien die Oberhand gewinnen (was unter den Bedingungen rezessiver Tendenzen in der Weltwirtschaft ohnehin der Fall ist).

Noch wichtiger scheint jedoch der Sachverhalt, daß im Zuge dieser Reorganisation der Konkurrenz- und Machtverhältnisse auf dem kapitalistischen Weltmarkt seit den Krisen der 70er Jahre:

1. eine zunehmende Abkoppelung der sozialen und ökonomischen Entwicklung der Dritten Welt (mit Ausnahme der ostasiatischen »Tiger«) und
2. eine Zerstörung der Umwelt, der Natur und der Verschwendung von nichtregenerierbaren Ressourcen stattgefunden hat.

Die 80er Jahre waren auf diesen Feldern – so wird mehr oder weniger resigniert konstatiert – ein »verlorenes Jahrzehnt«.

Daniel Bell hat gerade beim Ausblick ins 21. Jahrhundert die Veränderung der globalen Konfliktformationen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts (Dominanzverlust der »Achse« Ost gegen West) so prognostiziert: »Heute ist der Kalte Krieg aller Wahrscheinlichkeit zu Ende. West gegen West, insbesondere die ökonomische Rivalität zwischen Japan und den Vereinigten Staaten, ist dagegen in hohem Maße beherrschend geworden« (in: Merkur, Oktober/November 1990, S. 966)

Der amerikanische Ökonom C. Fred Bergsten schließt für die Entwicklung der Weltwirtschaft nach dem Ende des Kalten Krieges, das eine allgemeine Aufwertung der ökonomischen gegenüber den militärischen Strategien in der Weltpolitik beinhalte, die Gefahr eines Rückfalls der internationalen Beziehungen zwischen den »Big Three« (USA; Japan und Deutschland in Europa) auf jene Konfliktformationen nicht aus, die die weltpolitische Instabilität in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts charakterisiert hatten. »Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen den grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in der Welt von heute: Die Beseitigung des Sicherheitsschirms (den die USA den Japanern und Westeuropäern nach dem zweiten Weltkrieg gewährt hatten) erhöht das Risiko von wirtschaftlichen Konflikten, die die Sicherheitsbindungen weiter auflösen könnten. Das letzte Paradoxon des 20. Jahrhun-

derts bestünde also darin, daß die marxistische Prophezeiung von einem unvermeidlichen Zusammenstoß zwischen den kapitalistischen Nationen zu einer Zeit verwirklicht würde, in der der von der marxistischen Ideologie angespornte politische Konflikt verschwindet. Das »Ende der Geschichte« braucht also überhaupt nicht langweilig zu werden« (Bergsten, *The World Economy after the Cold War*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 69 (1990), No. 3, S. 98)

Es besteht demnach ein innerer Zusammenhang zwischen der Globalisierung der kapitalistischen Ökonomie, den Veränderungen in den internationalen politischen und wirtschaftlichen Kräftekonstellationen auf der einen und den großen Konflikt- und Kampffeldern auf der anderen Seite, die in den bevorstehenden Jahren bestimmend sein werden. Grob zusammengefaßt handelt es sich dabei um vier große Widerspruchskomplexe:

1. der soziale und ökologische »Problemstau« in den kapitalistischen Metropolen selbst;
2. die ungleiche soziale und ökonomische Entwicklung zwischen den kapitalistischen Industriestaaten;
3. der Nord-Süd-Gegensatz zwischen den armen und reichen Nationen, und
4. die Mensch-Natur-Beziehung in globalen Dimensionen.

Daraus folgt für die Gewerkschaften, daß es überhaupt keinen Grund gibt, den politischen und programmatischen Erkenntnisstand, der in den letzten Jahren erarbeitet wurde, zu den Akten zu legen. Noch wichtiger, vielleicht sogar entscheidend, wird freilich die Frage, ob es gelingt, tatsächlich einen »neuen Internationalismus« aufzubauen und zu festigen. Dies wird für die Zukunft mehr und mehr zu einer Schlüsselfrage. Es handelt sich dabei nicht nur um den Aufbau von Strukturen der Organisation und der Interessenvertretung, um Anschluß an die reale Transnationalisierung der kapitalistischen Produktion zu bekommen. Der neue Internationalismus wird vielmehr immer wichtiger im Hinblick auf diese Probleme, die einerseits aus der ungleichen Entwicklung in Europa (Ost-West-Europa), andererseits aus dem Nord-Süd-Gefälle – insbesondere aus den durch dieses Gefälle in Gang gesetzten Migrationsprozessen – resultieren. Ohne diesen neuen Internationalismus wird dem überall auf dem sozialen Boden dieser transnationalen Strukturen der ungleichen Entwicklung erwachsende Nationalismus und Rassismus nicht zu begegnen sein. ❖